

Calmer Saugblatt

Nr. 261.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinformatige Seite 0,10 Bfl. Reklamen 2.— Bfl. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 9.

Montag, den 8. November 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Bfl. 12,00 vierteljährlich. Postbezugspreis Bfl. 12,90 mit Beleggeld. — Schlag der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Reichstag.

Eine Rede Helfferichs. — Antwort des Reichsfinanzministers.

Berlin, 4. Nov. In der fortgesetzten Beratung des Reichshaushaltsplans sprach heute zunächst Dr. Helfferich (D.N.), der vor der obersteinsten Autonomie warnte und gegen Müller und Scheidemann, sowie gegen den Minister des Auswärtigen polemisierte. Die Offiziere hätten den Treueid halten wollen und sich zu Tausenden der Regierung zur Verfügung gestellt, seien aber nach Hause geschickt worden. Dann kam der Erlaß über das Schießverbot. Kurz, es war klar, daß die heimlichen Förderer der Revolution in der Regierung selbst saßen. Müller sei beim Kapp-Putsch nach Dresden geflüchtet und habe am wenigsten Anlaß, den Stab über den Kaiser zu brechen. Die Reichsregierung müsse bezüglich der Organe den Gesetzen gegenüber dem Gewaltakt des preußischen Innenministers Geltung verschaffen. Das Verlangen nach Handelsbeziehungen mit Rußland sei nur ein Vorwand, dem Bolschewismus Tür und Tor zu öffnen. Helfferich bezweifelte, daß sich das Gleichgewicht im Etat werde herstellen lassen. Den Ausgaben von 100 Milliarden ständen an sicheren Einnahmen nur 30 Milliarden gegenüber. Eine Banrottenerklärung entbinde das Reich nicht von seinen Verpflichtungen gegen seine Beamte, die Verstümmelten und die Offiziere. Die Steuergesetzgebung verschärfe diese Lage noch mehr. Uns habe man Vandalismus vorgeworfen, der Ententismus aber sei schlimmer. Unsere Wirtschaft sei am Ende ihrer Kraft. Die Mindererträge bei der Eisenbahn und der Post müßten untersucht werden. Tarifserhöhungen dürften nur erfolgen, wenn es gar nicht anders gehe. Eine wesentliche Vereinfachung der Steuergesetzgebung müsse eintreten. Eine Revision der Reichsbefolgebungsordnung im dem Sinne, das Vorsehungen von Landesbeamten gegenüber den Reichsbeamten vermieden werden, sei erforderlich. Daß 25 000 neue Beamtenstellen geschaffen werden, passe nicht in die notwendige Sparpolitik. Der Redner lehnt für seine Partei jede Sozialisierung ab. Nicht Klassenkampf, sondern Klassenversöhnung sei notwendig und die Grundbedingung für die Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth bedauert, daß der Vordrucker vielfach das Maß des Erlaubten überschritt, habe er doch selbst während seiner Tätigkeit auch keine Geistesblitze besonderer Leistungsfähigkeit hinterlassen. Das Verbluten des deutschen Volkes habe schon während des Krieges begonnen. Die Rede Helfferichs habe eine eingehende Kritik gebracht, aber er habe auch nicht einen einzigen Gedanken geboten, der uns einen neuen Weg zum Bessermachen biete. Daß die Autonomie einzelner Länder den Bestand des Reichs nicht mehr gefährde, dafür seien Reichspost und Reichseisenbahnen und Reichssteuern eine starke gemeinsame Kammer. Daß die Durchführung des Reichsnotopfers zu Härten führen könne, speziell gegenüber der Landwirtschaft, sei möglich, aber in Weimar sei ausdrücklich bestimmt worden, daß auch der Besitz zum Reichsnotopfer heranzuziehen sei. Angesichts der Entwertung des Geldes sei eine Einziehung auf der Grundlage des Reichswehrbeitrags ganz unmöglich. Dagegen sei der Vorwurf wegen der 25 000 neugeforderten Beamten unbegründet, da es sich um die durch die Steuerübernahme bedingten Stellen handele. Daß Hunderttausende von Menschen, die nicht in der Produktion stehen, in schwerer Notlage sich befänden, wisse er. Um auch ihnen zu helfen, werde dem Reichstag in den nächsten Tagen eine Milliardenvorlage zugehen, um diesen Menschen das tägliche Brot zu sichern. Das Hauptproblem ist die Stabilisierung unserer Valuta. Dieses Problem ist die Hauptaufgabe des Kabinetts. Die Lösung ist aber schwer zu finden. Hier sollte Herr Dr. Helfferich mitarbeiten. Zu einer Vereinbarung mit der Entente hinsichtlich der Festlegung der Entschädigungsgelder wird nicht zu kommen sein, solange in Frankreich der Gedanke herrscht „Der Boche bezahlt alles“. Jedenfalls sei Dr. Helfferich nach seiner ganzen früheren Tätigkeit nicht der Mann, hier Vorwürfe zu erheben. (Beifall.)

Abg. Quag (D.N.B.) betont, daß die Kohlen- und die Eisenindustrie allein die Einfuhr von Lebensmitteln ermöglichen. Daher müsse diese Produktion gestärkt werden. Eine Reform des Etats an Haupt- und Gliedern sei erforderlich. Der Weg, neue Einnahmen durch Tarife hereinzubekommen, scheine ihm ungangbar. Zu einer aktiven Politik Deutschlands brauche man ein Heer.

Nach persönlichen Bemerkungen des Abg. Dr. Helfferich, der entgegen den Behauptungen des Reichsfinanzministers auf eine ganze Reihe von ihm gemachter Verbesserungsvorschläge hinweist, verlag das Haus die Weiterberatung auf morgen Freitag Mittag 12 Uhr. Außerdem: Anfragen, Interpellationen und kleinere Vorlagen. Schluß 7 Uhr.

Fortsetzung der großen Aussprache.

(W.B.) Berlin, 6. Nov. Im Reichstag wurden gestern zunächst kleine Anfragen behandelt und dann die große Aussprache zum Etat fortgesetzt.

Der Unabhängige Dittmann wandte sich scharf gegen Helfferich. Die Reichspolitik der Rechten habe zum Ruin geführt, die Entente ahme das Beispiel von Breslitowst nach. Wiedergutmachung sei notwendig, aber alle nur dem Nachtgelüste entspringenden und unsere wirtschaftliche Existenz bedrohenden Forderungen seien abzulehnen. Unser ganzes Wirtschaftssystem bedürfe der Aenderung. Die Sozialisierung sei notwendig. Einen Putsch von rechts würde die Arbeiterschaft so niederschlagen, daß er sich nie wiederholen werde. Reichskommissar Peters erklärte, wegen Entlassung der Organe müsse man auf die einzelnen Länder Rücksicht nehmen, Bayern und Ostpreußen Zeit lassen. Inzwischen werde er mit dem bayerischen Minister verhandeln.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.) billigt die Ausführungen des Außenministers gegenüber dem Grafen Westarp, meint aber, daß der Friedensvertrag nicht erfüllt werden kann und einer Revision zu unterziehen ist aus rechtlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Gründen. Der Reichstag müsse hier die Initiative ergreifen, und zwar sei das eine Angelegenheit, die den Völkern direkt angehe. Die Wiedergutmachungskommission habe nichts damit zu tun. Wir berufen uns immer noch auf die 14 Punkte Wilsons. Aber im Waffenstillstandsprotokoll sei nichts davon erwähnt. Und dieses Protokoll sei das einzige Schriftstück, auf das die Entente ihre Forderungen stütze. Frankreich im speziellen erklärt, daß es an andere Schriftstücke, als dieses Protokoll nicht gebunden sei. Auch Clemenceau vertrete stets diesen Standpunkt, wobei er speziell die Schuldfrage aufwerfe, und damit die Forderungen der Wiedergutmachungskommission begründe. Die Petersburger Veröffentlichungen hätten aber bewiesen, daß uns nicht die Schuld am Kriege treffe. Somit seien die Voraussetzungen für den Frieden nicht zutreffend und der Grund für unsere Revisionsforderung gegeben. Die eigene Not mache uns auch die Wiedergutmachung unmöglich, zumal darunter alles mögliche gefordert werde. Der Mangel erschwere das tägliche Leben und bedrohe das Gedeihen unserer Kinder, deren Sterblichkeit gegen 1913 um 55 Prozent gestiegen sei, wie ein englischer Fachmann festgestellt habe. Unsere Schiffe, die wir bauten, die wir bauten, nehme uns niemand ab, wir selber dürfen sie aber nicht benutzen. Die Kohlenabgabe zwinge uns, einen Hochofen nach dem andern auszubalen. Nun kommt noch die Dieselmotorengeschichte, um uns den Todesstoß zu versetzen. Unsere 100 000 Mann kosten 5 Milliarden, die 137 000 Mann der Entente im besetzten Gebiet das Fünffache. Überschleusen ist eine neue Vergewaltigung, desgleichen Memelland und der Korridor, schließlich die Kohlenparagrafen, die unser industrielles Leben töten und die Erfüllung des Friedensvertrages unmöglich machen. Dazu komme die steuerliche Belastung.

Abg. Dr. Leni (Komm.) vermischt in allen Reden die Sorge um das Proletariat und stellt fest, daß überall Stillstand herrsche, anstatt daß die Produktion gefördert werde. Das Sinken unserer Valuta, an dem der Kapitalismus schuld sei, sei eine neue Hungerplöde. In Bezug auf die auswärtige Politik warnt er, Hoffnungen auf Amerika zu setzen. An einen Zwiespalt zwischen Frankreich und England glaube er auch nicht. Bayern stehe jetzt im Brennpunkt des europäischen Interesses. Der Regierung bleibe nur noch der Weg nach Osten offen, wo es dem Proletariat so gut gehe wie nirgends.

Abg. Eisenberger (Bayer. V.-B.) sagt, die Sozialisierung sei nur ein Schlagwort für die Massen. Mittelstand und Kleinhandwerk lehnten sie ab. Die Weimarer Verfassung müsse im Interesse der Selbstverwaltung der einzelnen Länder einer Revision unterzogen werden, um die Reichsverdroffenheit zu beseitigen. — Damit ist die Beratung zu Ende. Nach persönlichen Bemerkungen wurde die Sitzung auf heute vormittag 10 Uhr vertagt: Interpellation Schiffer über Eupen und Malmédy und andere Interpellationen.

Das Schicksal von Eupen und Malmédy.

Im Reichstag beantwortete am Samstag der Reichsminister des Innern, Dr. Simon, die Interpellation über das Schicksal von Eupen und Malmédy.

Abg. Dr. Boll (Z.) begründet die Interpellation, indem er auf die flagrante Rechtsverletzung, die Rechtsbrüche und die Vergewaltigung hinweist, die in der Annexion der Kreise Eupen und Malmédy liege. Sie sei ein würdiges Seitenstück zu der gewaltsamen Fortnahme unserer Kolonien, zu

den Rechtsbrüchen und der Vergewaltigung im Saargebiet. Er erhebe heute öffentlich Anklage gegen die Entente wegen Vertragsverletzung, Rechtsbruch und Vergewaltigung und erwarte eine Antwort. Komme sie nicht, so werde er vor aller Welt laut erklären: Keine Antwort ist auch eine Antwort. Die Verhältnisse im Rheinland seien nicht mehr zu ertragen. Der Friede gebe nur der Entente Rechte, lege uns aber unerträgliche Lasten und Pflichten auf. An den Kosten der Besatzung müsse Deutschland verbluten. Zu welchem Zwecke müsse die Besatzung so wesentlich höher sein als die Reichswehr Deutschlands? Zu tun habe die Besatzung nichts. Daher die Klagen über Uebergriffe und Vergewaltigung. Dazu komme die Requirierung wertvollen Geländes zu Schießplätzen usw. Die ganze Art der Behandlung durch die Truppen und besonders durch die Offiziere fordere zum schärfsten Protest heraus. Die Tätigkeit der Rheinlandkommission erzeuge gleichfalls Anstoß. Die Kommission verlange für sich ein Verfügungsrecht für die neuernannten Beamten und nehme das Ausweisungswort in Anspruch. Die Amerikaner seien besonders rücksichtslos. Das Auswärtige Amt möge der amerikanischen Botschaft die Augen öffnen.

Noch heute werden farbige Truppen für die besetzten Gebiete verwandt. Das ist eine Kulturschande. Anständige Damen dürfen sich abends nicht mehr allein auf der Straße sehen lassen, ohne den schlimmsten Belästigungen ausgesetzt zu sein. Dazu kommt das Bestreben der französischen Behörden, die Rheinlande allmählich mit französischen Interessen zu durchdringen, was mit dem Friedensvertrag in direktem Widerspruch steht. Theater würden in französischem Sinne geleitet. Jedenfalls würden alle Versuche fehlschlagen, die Rheinlande von ihrer deutschen Gesinnung abzubringen.

In Eupen und Malmédy sehe der Friedensvertrag die Abstimmung vor, allerdings in etwas anderer Form als in den übrigen Landesteilen. Die belgische Regierung habe aber nur eine Belgien freundliche Propaganda zugelassen, den Deutschen jedoch die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Daß die Abstimmung die Karikatur eines Selbstbestimmungsrechtes war, gehe schon daraus hervor, daß im Kreise Eupen auf 20 000 Deutsche nur 90 Ballonen kamen und im Kreise Malmédy auf 35 000 Deutsche nur 9000 Ballonen. Von 23 000 Wahlberechtigten hätten sich nur 272 in die Listen eintragen lassen. Der Protest des deutschen Wahlausschusses sei unbeachtet geblieben. Das neutrale Ausland teile unsere Auffassung und bezeichne das Verhalten des Völkerbunds als nichtswürdiges Gaukelspiel. Den Deutschen in Eupen und Malmédy aber würden wir Treue mit Treue vergelten.

Redner schließt mit der Frage an die Regierung, ob der Völkerbund überhaupt berechtigt gewesen sei, die Entscheidung in dieser Frage zu treffen und ob nicht vielmehr das Plenum des Völkerbunds allein dieses Recht bestimme. Die Valuta des Völkerbundes sinke. Es müsse ein neuer Völkerbund kommen, der im Zeichen der Versöhnung stehe.

Der Außenminister Dr. Simon betonte, daß Mitgefühl nicht nur im deutschen Volk, sondern auch im Auslande über das Schicksal von Eupen und Malmédy herrsche. Auf die Proteste und Eingaben der deutschen Regierung sei keine Antwort erfolgt. Man wisse hier überhaupt nicht, ob unsere Eingaben dem Völkerbunde zur Kenntnis gekommen seien. Der Minister verliest eine Reihe ausländischer Pressestimmen, die den Völkerbund verurteilen. Die Grundlage, auf der jetzt Belgien die Souveränität übertragen sei, widerspreche dem Rechtsgefühl. Das Eintragen in die Listen war mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Wer sich eintragen lassen wollte, kam mehreremal vor verschlossene Türen, verlor nachher seine Lebensmittellisten und mußte deshalb schließlich das Land verlassen. Der Völkerbund war unrichtig informiert, als er seine Entscheidung traf. Auch der Wunsch, eine Kommission des Völkerbunds in die beiden Kreise zu entsenden, wurde nicht erfüllt. Ueber die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Völkerbund und Völkerbundsrat bestehen keine neuen Vorschriften. Der Völkerbundsrat sei zur Zeit nicht vollständig, da Amerika nicht vertreten sei. Die Regierung sei somit überzeugt, daß die Entscheidung des Völkerbunds nicht als rechtmäßig anzusehen ist und hat bei dem Völkerbundsrat die Entscheidung durch das Plenum des Völkerbunds beantragt. Die Antwort des Völkerbunds ist höchst unbefriedigend ausgefallen. Beide Kreise haben nie zu Belgien gehört und da kann von einer Wiedervereinigung mit Belgien keine Rede sein. Der Minister schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Völkerbund schließlich doch noch zu einer eingehenden Prüfung unserer Rechtsauffassung komme und sich ihr im Interesse der Gerechtigkeit anpassen werde.

...spartei
...alw.
...mlung
...ender 1920,
...Dreiß.
...rdneter
...ung
...teien.
...nsprache.
...ge Jahre in
...den württ.
...als vorzüg-
...eingeladen.
...us s ch u b.
...cher Hof
...ends 8 Uhr
...shellt.
...Schirokauer
...bst
...m.
...ember,
...Uhr an
...amm"
...h
...entumft
...!
...Calw
...umgegend.
...r mark
...dort, um
...h rabikal
...gen
...illus, welcher für
...ber unter Nahe-
...erwirkt.
...Feidmünse
...nie vertilgt.
...merjäger Ober-
...Blattes.
...gen, schönen
...arren
...hech)
...men
...glachten.
...iere
...Hof-Dicke.

Der Krieg im Osten.

Lenin über den „Frieden“ mit Polen.

(W.B.) London, 6. Nov. Die „Times“ melden aus Helsingfors: Lenin sagte in einem Gespräch mit einem Parteigenossen, ein unabhängiges Polen sei sehr gefährlich für Sowjetrußland. Der Friede von Riga setze Sowjetrußland aber instand, mit Wrangel abzurechnen. Darnach werde Polen wieder an die Reihe kommen.

Polnische Gewalttaten gegen Litauern.

Kowno, 5. Nov. (Lit. Tel.-Ag.) Nach Berichten von aus polnischer Gefangenschaft entflohenen litauischen Offizieren zwingen die Polen die in ihre Gewalt geratenen litauischen Offiziere, ein Schriftstück über gute Behandlung seitens der Polen zu unterzeichnen. Die, die nicht unterzeichnen, werden von den Polen verfolgt. Es ist festgestellt, daß die Polen viele litauische Zivilisten aus dem besetzten Gebiet nach Polen gebracht und im Lager Dombis bei Krakau interniert haben. Sie sind ihrer Kleidung beraubt worden. Viele von ihnen sind schon gestorben.

Die Kämpfe der Bolschewisten gegen Wrangel.

Moskau, 7. Nov. Im russischen Heeresbericht vom 4. ds. heißt es: Der feindliche Angriff östlich von Perekop wurde zurückgeschlagen. Unsere Truppen haben am 3. Nikowo und Nowo-Alegins genommen und sind auf die Halbinsel von Dngar vorgezogen. In den Kämpfen am 3. und 4. Nov. machten wir zahlreiche Gefangene und erbeuteten u. a. 22 Geschütze, 3 Panzerzüge und 40 000 Granaten. Im Gebiete von Genitschsk dauern die erbitterten Kämpfe an.

London, 7. Nov. Dem „Daily Express“ wird unter dem 4. Nov. aus Konstantinopel gemeldet, es sei General Wrangel gelungen, seinen Rückzug ohne große Verluste an Menschen und Material zu bewerkstelligen.

Zur äußeren Lage.

Das papierene Zugeständnis Englands in der Frage der Achtung deutschen Privateigentums.

Berlin, 5. Nov. In der fortgesetzten Verhandlung des Hauptausschusses des Reichstags erklärte Ministerialdirektor Fischer, der bei den Spaar-Verhandlungen im Zusammenhang mit den deutschen Kohlenlieferungen vereinbarte 5 Goldmark-Fonds erbringe monatlich ca. 7 Millionen Goldmark. Die Goldmark seien für Ueberfichtenlieferungen und besonders für die Bestreitung von Lebensmittellieferungen für die Vergarbeiter verwendet worden, aber auch für die Verbilligung der Textilwaren. — Ministerialdirektor v. Sison (Auswärtiges Amt) teilte den Wortlaut der englischen Note betreffend den Verzicht auf die Beschlagnahme deutschen Eigentums mit. Er hob dabei hervor, daß damit ein allgemeiner Verzicht der britischen Regierung auf Repressalien nicht ausgesprochen sei und daß vor allem keine Zusage gegeben sei, die Liquidation des vor dem Krieg nach England gelangten deutschen Eigentums einzustellen. Ein wirklich normaler, auf gegenseitigen Vertrauen basierender Geschäftsverkehr zwischen England und Deutschland, insbesondere zwischen deutschen und englischen Banken, werde erst dann möglich sein, wenn England von der weiteren Liquidation deutschen Eigentums Abstand nehme und auch den Erlös des im Krieg liquidierten deutschen Eigentums freigebe.

England und Helgoland.

London, 6. Nov. Wie die „Morning Post“ berichtet, hat die englische Regierung den Helgoländern, die sich auf Grund des Vertrags vom Jahre 1890 an sie gewandt hatten, geantwortet, daß die Regierung nicht in der Lage sei, ihren Wünschen zu entsprechen. — (Die Helgoländer sollen sich an England gewandt haben, um Hilfe gegen kommunistischen Terror. Biletsch ist das auch nur eine geschickte englische Mache.)

England ist mit den deutschen „Wiedergutmachungsleistungen“ zufrieden.

(W.B.) Paris, 7. Nov. Wie der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, hat Lloyd George in der Konferenz der englischen Delegierten für die Versammlung des Völkerbunds am Freitag die Vertreter der Dominions über die verschiedenen Probleme der europäischen Politik unterrichtet, u. a. über das Problem der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund. In englischen Regierungskreisen sei man darüber befriedigt, daß Deutschland in den letzten sechs Monaten seine Verpflichtungen sowohl bei der Kohlenlieferung als auch bei der Entwaffnung erfüllt habe. Deshalb glaubt man, daß Deutschland sich in der Wiedergutmachungsfrage ebenfalls verständigen wolle.

England als Urheber der Forderung der Zerstörung der Dieselmotoren.

Paris, 8. Nov. „Journal“ erklärt, nicht Frankreich sei es, das die Zerstörung der Dieselmotoren fordert oder diese Forderung auch nur unterstützt habe, sondern England allein habe dieses Insinuen gestellt und energisch darauf bestanden. Die französische Regierung habe sich unbedingt geweigert, die englische Ansicht zu unterstützen und habe durchgesetzt, daß ihre Ansicht durchgedrungen sei. Infolgedessen drängten die deutschen Dieselmotoren nicht zerstört werden. — Auch „Intransigeant“ teilt mit, es sei beschlossen worden, die deutschen Dieselmotoren nicht zu zerstören. — Man merkt den Franzosen die diebische Freude an, daß sie dem Bundesgenossen auf einmal eine moralische Ohrfeige verabreichen können.

Frankreich und England bezüglich der Austaube und Entrechtung Deutschlands einig.

Paris, 7. Nov. (Agence Havas.) Ueber den von Lord Derby überreichten Text der Antwort der englischen Regierung auf die französischen Vorschläge zur Wiedergutmachungsfrage sagt das „Journal des Debats“, Lord Derby habe aus London die Versicherung mitgebracht, daß die von der französischen Regierung vorgeschlagene Verhandlungsmethode nebst Sachverständigenkonferenz in Brüssel, Ministerkonferenz in Genf, bei der die deutschen Minister gehört werden, Wiedervereinigung der Wiedergutmachungskommission und endlich Zusammenkunft der Alliierten

Antliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

Nachdem die Maul- und Klauenseuche in Unterhagstett in dem Stall des Friedrich Kusterer erneut ausgebrochen ist, werden die bereits früher angeordneten Spermaßregeln erneut angeordnet.

Calw, 4. November 1920.

Oberamt: G. S. S.

Regierungen selber, die allgemeine Anerkennung der britischen Regierung gefunden habe. — Nach dem „Intransigeant“ wird die Sachverständigenkonferenz in Brüssel schon am 15. November zusammengetreten.

Der „Völkerbund“ und die Verträge Deutschlands mit andern Staaten.

Berlin, 5. Nov. Zu der Meldung, daß Deutschland, obwohl es nicht zum Völkerbund gehört, alle seine Verträge beim Sekretariat des Völkerbunds einschreiben lassen werde, bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß das Sekretariat des Völkerbunds seinerzeit bei Deutschland angefragt habe, ob es seine Verträge dem Völkerbund vorzulegen bereit sei. Hierzu habe sich die deutsche Regierung sofort bereit erklärt, aber ausdrücklich hervorgehoben, daß Artikel 18 des Versailler Friedensvertrags für Deutschland nicht verbindlich sei, welches ja nicht Mitglied des Völkerbunds sei. Die internationalen Abmachungen und Verträge, die Deutschland abschließt, erlangen daher Gültigkeit, auch ohne ihre Registrierung beim Völkerbund, die nur einen Akt des Entgegenkommens gegenüber dem Völkerbund darstellt. — Der „Völkerbund“ ist sehr schlau, er möchte gern alle Abmachungen kennen, die Deutschland mit andern Staaten hat, er selbst will aber Deutschland keinerlei Rechte einräumen.

Der französische Militarismus.

Paris, 8. Nov. Dem Ministerrat ist das Gutachten des Landesverteidigungsrats über den Entwurf Andre Lefebvres zugegangen. Das Gesetz, das den Kammern zwischen dem 15. und 20. November vorgelegt werden soll, vermindert die Dienstzeit von 3 auf 2 Jahre. Die Umwandlung der 3jährigen in eine 2jährige Dienstzeit wird zwei Jahre in Anspruch nehmen. Der Uebergang zur 18monatigen Dienstzeit wird in Zukunft möglich sein, sobald die äußere Lage wieder normal geworden ist. — Also bleibt vorläufig die dreijährige Dienstzeit bestehen! (1)

Griechenland Mitglied der kleinen Entente.

(W.B.) London, 7. Nov. Den „Times“ wird aus Athen berichtet, man könne die Teilnahme Griechenlands an der kleinen Entente als vollendete Tatsache betrachten.

Harding gegen den jetzigen Völkerbund.

Amsterdam, 6. Nov. (Draht. W.-B.) Der „Telegraaf“ meldet aus dem Wohnort Hardings, Marion in Ohio, daß Harding auf einer Versammlung erklärte, der Völkerbund sei gestorben. Die neue amerikanische Regierung werde indessen dafür sorgen, daß die amerikanische Nation bei einem neuen internationalen Friedensbund ihre Rolle spielen werde. Harding wies auf eine symbolische Figur hin, die die Leiche des Völkerbundes darstellte und sagte: Ich sehe, daß Sie nicht so betrübt sind, wie ich erwartet habe. Weber Sie noch ich ziehen Amerikas Wunsch, seine Rolle in der Welt zu spielen, in Zweifel. Ebensovienig zweifeln wir die hohen Ideale der Männer an, die für den Völkerbund verantwortlich sind. Sie haben nicht gewollt, daß Amerika und seine Ideale Schaden leiden.

Ausland.

Der deutsche Gedanke in Oesterreich.

(W.B.) Wien, 7. Nov. Auf einem Begrüßungsabend der diesjährigen Hauptversammlung des Hilfsvereins für Deutsch-Böhmen und die Sudetenländer sagte Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Preußler, der Deutsche müsse sich dessen bewußt werden, daß er in erster Linie Deutscher, nicht Bayer, Preuze oder Oesterreicher sei. Der Redner schloß mit den Worten: „Es lebe der Anschluß an das Deutsche Reich!“ — Reichstagsabg. Dr. Mittelman-Stettin erklärte unter stürmischem Beifall, Deutschland öffne seine Arme freudig für Deutsch-Oesterreich.

Die Schweizer Sozialisten für die Diktatur des Proletariats.

Bern, 7. Nov. Der in Bern versammelte Vorstand der schweizerischen sozialistischen Partei besprach neuerdings die Frage der Revision des Parteiprogramms und entschied sich dabei mit 21 gegen 18 Stimmen grundsätzlich für die Anerkennung der Diktatur des Proletariats. Das neue Parteiprogramm, das u. a. auch den Grundgedanken des Räteystems anerkennt, untersteht noch der Entscheidung des Parteitag.

Änderung der holländischen Staatsform.

Haag, 5. Nov. Der mit der Untersuchung der Frage der Verfassungsänderung betraute Ausschuss erklärt in seinem Bericht, daß die monarchische Staatsform ein Segen für das Volk sei, jedoch nur solange, wie die Beibehaltung eines wahrhaft nationalen Königtums möglich sei. Von der Thronfolge seien daher auszuschließen diejenigen Personen, die keine Sicherheit dafür bieten, daß sie die nationalen Gefühle der Niederländer teilen und die mit ihren einheimischen Verhältnissen ungenügend vertraut sind. Die Bestimmungen, die andere Personen, die nicht Nachkommen der jetzt regierenden Fürsten sind, zur Regierung zulassen können, seien daher zu streichen, während die Thronfolge, wenn männliche aus der männlichen Stammreihe entsprossene Nachkommen fehlen, auf das weibliche Geschlecht, das von dem jetzt verstorbenen König abstammt, zu beschränkt sei. Der Augenblick, wo nach der Verfassung kein befugter Nachfolger vorhanden sei, könne sich dann eher ergeben als nach den jetzigen Bestimmungen. Umso größere Bedeutung sei daher den Bestimmungen zuzuschreiben, die für diesen Fall getroffen werden müßten. Mangels eines verfassungsmäßigen Thronfolgers müsse die Möglichkeit bestehen, die Frage in Erwägung zu ziehen, ob vielleicht der Uebergang zu einer anderen Staatsform nicht vorge-

zogen zu werden verdiene. — Es würde sich also wohl um die Errichtung einer Republik im Falle des Todes der jetzigen Königin handeln.

Die spanische Königsfamilie in Paris.

Paris, 8. Nov. Der König und die Königin von Spanien sind in Begleitung des Infanten Jaime in Paris eingetroffen. — Paris ist heute die Residenzstadt Europas, in der die kleinen Neutralen kahbuckeln müssen, weil sie den deutschen „Militarismus“, der ihnen allein Sicherheit verbürgt hätte, im Stiche gelassen haben.

Eine englische „Spezialsteuer“ für Irland.

London, 6. Nov. Im Unterhause brachte die Regierung einen Gesetzentwurf über die Erhebung einer Spezialsteuer in Irland ein, durch deren Erträge die Hinterbliebenen der in Irland getöteten Soldaten entschädigt werden sollen. Trotz der Warnung mehrerer Redner, daß die Steuer in Irland wie eine Brandfackel in einem Pulverfaß wirken werde, wurde der Gesetzentwurf in zweiter Lesung mit 149 gegen 23 Stimmen angenommen.

Der Kampf Venizelos' um die Republik.

Athen, 5. Nov. Die Zeitungen veröffentlichen die Antwort Venizelos' auf die Erklärungen Sunaris, der die Thronfolgefrage durch Volksabstimmung geregelt sehen möchte. Venizelos erklärte, dies würde der Verfassung widersprechen, die besagt, daß der König durch die beiden Kammern mit einer Zweidrittel-Mehrheit gewählt werden müsse. Die Rückkehr des gestürzten Königs Konstantin würde heftige Kämpfe in Griechenland zur Folge haben und die Alliierten würden sich ebenfalls von Griechenland abkehren. Wenn Sunaris aber die Mehrheit erhalten sollte, möge er die Kandidatur des Königs Konstantin aufstellen, wenn er die Verantwortung für eine solches Verbrechen gegen das Volk auf sich nehmen wolle.

Der Sieg der Republikaner in Amerika.

Newyork, 7. Nov. (Havas.) Die 435 Sitze des Repräsentantenhauses verteilen sich wie folgt: Republikaner 293, Demokraten 138, Sozialisten 1, übrige Parteien 3 Sitze. Die Republikaner haben somit 61 Sitze gewonnen.

Wilson.

Paris, 7. Nov. Nach einer Meinung des „Temps“ aus Newyork ist Präsident Wilson gestern zum erstenmale im Weißen Hause vor einer größeren Menge, die ihm eine Kundgebung darbrachte, erschienen. Er sei im Rollstuhl gefahren worden, habe kein Wort gesprochen und nur durch Hulfswenken seine Dankbarkeit zum Ausdruck gebracht. Der Präsident sei sehr gealtert.

Deutschland.

Erneute Beratungen über unsere Ernährung.

Berlin, 6. Nov. Die für anfangs November in Aussicht genommene erneute Beratung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft mit den Ernährungsministern der Länder, für welche Weimar als Tagungsort angesetzt war, muß mit Rücksicht auf die Verhandlung des Stats des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, die in der nächsten Zeit im Reichstag bevorsteht, um einige Wochen verschoben werden. Die Beratung wird dann eine grundsätzliche Aussprache über die Ein- und die Ausfuhr, sowie Besprechungen über die Getreidebewirtschaftung, sowie über die Wirkungen der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch und Vieh, über die Fleischpreise und den Stand der Fleischversorgung umfassen.

Das Hungerelend der Berliner Kinder.

Berlin, 5. Nov. Graf Harry Kessler lenkt seine Aufmerksamkeit neuerdings der Verelendung von Angehörigen und namentlich Kindern in Schichten der Bevölkerung zu, die man früher zum Mittelstande rechnete, kleineren Beamten, Rentempfangern und Handwerkern. Er erklärt, laut „Vossischer Zeitung“, einen Appell an die Öffentlichkeit, durch Einleitung einer Hilfsaktion noch vor dem Winter zu retten, was von den verelendeten Berliner Kindern zu retten ist.

Die Lage der Eisenbahnen.

Berlin, 6. Nov. Ueber die Lage der Eisenbahnen machte Reichsverkehrsminister Gröner im Demokratischen Klub Mitteilungen, denen zufolge, laut „B. Tzgl.“ der tatsächliche Verkehr erheblich hinter der Vorkriegszeit zurückgeblieben ist, obgleich der Betrieb — was Personenzahl und Kosten anbelangt — gegenüber 1913 bedeutend umfangreicher wurde. Der Personalbestand (Beamte und Arbeiter) erhöhte sich gegenüber 1913 um fast 50 Prozent. Obgleich die Arbeitsleistung sich gegenüber dem Vorjahr bereits erheblich steigerte, blieb sie doch gegenüber der Vorkriegszeit weit zurück. Dies ist einer der Gründe für das Defizit von 14,37 Milliarden. Die Beamtengehälter betragen 1913 im Durchschnitt 2352 M., 1920: 14 027 M.; die Arbeiterlöhne 1913 1321 M., 1920: 11 212 M., d. h. also im Gesamtdurchschnitt trat eine Steigerung der Gehälter und Löhne um etwa das Siebenfache ein. Demgegenüber sind die Warenpreise vielfach gestiegen. Infolge der schlechten Qualität der Kohlen steigerte sich der quantitative Mehrverbrauch um 38 Prozent, so daß einem Kohlenverbrauch zum Gesamtpreis von 219 Mill. M im Jahre 1913 heute für 1920 ein solcher von 4358 Mill. gegenübersteht. Das Defizit wird durch Einschränkung des Personalbestandes soweit als möglich zu verringern versucht, außerdem durch Materialersparnisse, sowie durch eine Steigerung des Verkehrs. Man werde versuchen müssen, die Einnahmen zu vermehren durch Steigerung der Frachttarife unter Schonung der Personentarife, für deren Neuaufbau man den Staffeltarif in Erwägung ziehen werde. Ein Unterausschuss des Ver.-Ausschusses werde sich mit den Gütertarifen befassen.

Eine Klaviersteuer.

Berlin, 6. Nov. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, hat der Provinzialrat in Magdeburg entschieden, den Gemeinden in der Provinz Sachsen stehe das Recht zu, eine Klaviersteuer einzuführen.

also wohl um die
Todes der jetzigen

in Paris.
Prinzessin von Spanien
Paris eingetroffen.
s, in der die kleinen
sich. „Militaris-
gäfte, im Stiche ge-

für Irland.
Die Regierung
Spezialsteuer in
ererblichen den in
den sollen. Trotz
uer in Irland wie
wurde, wurde der
23 Stimmen an-

Republik.
sich die Antwort
die Thronfolge
die. Venizelos
sagen, die besagt,
einer Zweibrittel-
schr des gestützten
s Griechenland zur
ebenfalls von Grie-
s Mehrheit erhalten
Konstantin aufstellen,
Verbrechen gegen

Amerika.
Die des Repräsen-
tanten 293. Demo-
sitzte. Die Repu-

des „Temps“ aus-
enmale im Weißen
eine Kundgebung
gefahren worden,
Hutschwanken seine
ent sei sehr gealtert.

Ernährung.
ber in Aussicht ge-
des für Ernährung
ern der Länder, für
war, muß mit Nüt-
sministeriums für
nächsten Zeit im
werden. Die
sprache über die
über die Getreide-
er Aufhebung der
die Fleischpreise

er Kinder.
kt keine Aufmerk-
gehörigen und na-
zu, die man früher
Rentenempfänger
er Zeitung“, einen
g einer Hilfsaktion
verleendeten Ver-

en.
Eisenbahnen
Demokratischen
Tgbl.“ der tatsäch-
zurückgeblieben
I und Kosten an-
angreicher wurde.
erhöhte sich gegen-
Arbeitsleistung sich
erte, blieb sie doch
erte ist einer der
Die Beamtene-
2352 M., 1920:
20: 11 212 M., d. h.
dem Gehälter
gegenüber sind
en. Infolge der
der quantitative
Kohlenverbrauch
1913 heute für
ht. Das Defizit
indes soweit als
Materialerspar-
s. Man werde
ren durch Steige-
personentaxen, für
Erwägung ziehen
es werde sich mit

blatt“ meldet, daß
den Gemeinden in
Klaviersteuer ein-

Um die Orgeß.

Berlin, 6. Nov. Die Deutsch-Nationale Volkspartei hat in der preussischen Landesversammlung an die Staatsregierung eine Anfrage gerichtet, in der sie das Verbot der Orgeß in Preußen durch den Minister des Innern als geschwellig bezeichnet und die Staatsregierung fragt, ob sie bereit sei, die durch die Reichsverfassung gewährleistete Vereinsfreiheit gegen den Minister zu schützen. — Die Deutsche Volkspartei hat eine ähnlich lautende Anfrage eingebracht.

Darmstadt, 5. Nov. Das Gesamtministerium erläßt folgende Bekanntmachung betreffend die Orgeß-Organisation in Hessen: In letzter Zeit ist in Presseäußerungen wiederholt behauptet worden, daß im Volksstaat Hessen die Orgeß oder orgeß-ähnliche Organisationen sich gebildet hätten. Ein Selbstschutz der Bevölkerung kann nicht zugelassen werden. Inwieweit in örtlichen Interesse eine Selbstschutzorganisation sich als dringend notwendig erweist, bedarf sie der Genehmigung des Ministeriums des Innern. Sollten trotz dieser den nachgeordneten Polizeibehörden wiederholt gegebenen Richtlinien im Lande Vereinigungen bestehen, welche polizeiliche oder polizeiähnliche Zwecke verfolgen, so müßte unnachlässig die Strenge des Gesetzes in Anwendung gebracht werden. Zur Bildung von Selbstschutzorganisationen ist umso weniger Veranlassung gegeben, als die Regierung über die nötigen Polizeikräfte verfügt, um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande zu gewährleisten.

Deutsche Idealisten.

Berlin, 5. Nov. In einer Antwort auf die in der „Times“ vom 18. Oktober veröffentlichte Kundgebung Orford geleiteter erklären 10 dem Deutschen Reichstag angehörende Universitätslehrer, sie seien bereit, die durch den Weltkrieg gelösten Bande wieder zu knüpfen und durch gemeinsame Arbeit vergessen zu machen, was in beiden Lagern geschrieben und gesprochen worden ist. Möge die wissenschaftliche Arbeit das ihrige dazu tun, den Geist der Gerechtigkeit, der Verschönllichkeit und der gegenseitigen nationalen Achtung zu fördern, ohne den Wiederaufbau der zusammengebrochenen Welt unmöglich zu ist.

Ausartung des Berliner Elektrizitätsarbeiterstreiks.

Berlin, 8. Nov. Gestern Vormittag fanden im Anschluß an die Verhandlungen vom Vorabend Vertrauensmännerversammlungen der streikenden Elektrizitätsarbeiter statt. Mit übergroßer Mehrheit beschlossen die Vertrauensleute, die notwendigen Notstandsarbeiten auszuführen. Der Obmann Sht, der in den Versammlungen berichtete, teilte mit, daß es diesmal der eingefügten Technischen Nothilfe nicht gelungen sei, die Maschinen zum Laufen zu bringen. „Wir haben nämlich“, so erklärte Sht, „aus den früheren Streiks gelernt und dafür gesorgt, daß notwendige Maschinenteile vorher einfernt wurden“. Tatsächlich sind derartige Sabotageakte verblüffend worden. Wie wir hören, haben die beiden Stadträte Weise und Leib, welche die Erklärungen von Sht in den Vertrauensmännerversammlungen mitangehört haben und denen die Sabotageakte bekannt sind, beim Magistrat die erforderlichen Maßnahmen gegen Sht veranlaßt.

(W.B.) Berlin, 7. Nov. Die Arbeiter der städt. Elektrizitätswerke haben den Notbetrieb wieder aufgenommen. Die Technische Nothilfe rüdt ab. Ueber die Aufnahme der Arbeit in vollem Umfang sind Beschlüsse noch nicht gefaßt worden. In sämtlichen Werken des alten Berlin wird gearbeitet. In Charlottenburg werden nur Notstandsarbeiten gemacht. Dort werden die Arbeiter sich morgen entscheiden. In Neu-Kölln sind die Arbeiter zur Stelle, können aber nicht

Feuilleton.

Vom Farbensinn der Bienen.

Von Geh. Sanitätsrat Professor Groenow-Breslau.

Während man früher nicht daran zweifelte, daß die herrlichen Farben, die oft sehr auffallende Form und der Duft der Blumen lediglich zur Freude des Menschen da seien, brach sich Ende des 18. Jahrhunderts die Erkenntnis Bahn, daß wir es hier mit einer Anpassung der Blumen an den Insektenbesuch zu tun haben. Die Insekten sammeln in den Blüten Honig und Pollen (Blütenstaub) und übertragen diesen beim Weiterfliegen von einer Blume zur andern, so daß eine Kreuzbefruchtung stattfindet und Selbstbestäubung vermieden wird, wobei ihnen die genannten Einrichtungen das rasche Auffinden der Blüten ermöglichen. Diese Annahme mußte wesentlich an Wahrscheinlichkeit gewinnen, wenn der Nachweis gelang, daß die häufigsten Blumenbesucher, die Honigbienen, Farben wahrnehmen. Derartige Versuche sind mehrfach angestellt worden, besonders sorgfältig von v. Frisch in der Weise, daß auf einem Tische etwa 30 gleichgroße farbige Papierstücke ausgebreitet und auf jedes ein kleines Glaschälchen gestellt wurde, von denen nur das auf dem gelben Papier Zuckerswasser enthielt, während die übrigen leer blieben. Waren die Bienen in dieser Weise durch mehrtägige Fütterung „auf Gelb dressiert worden“, so suchten sie das Schälchen auf dem gelben Papier auch dann auf, wenn es leer war, während sie die übrigen fast ganz unbeachtet ließen, als Beweis dafür, daß sie durch die gelbe Farbe, nicht etwa durch den Geruch zu dem Zuckerswasser gelockt wurden. In derselben Weise gelang auch die Dressur auf Blau. Indem nun außer der Dressurfarbe Grau in verschiedenen Abstufungen oder andere Farben aufgelegt wurden, konnte nachgewiesen werden, welche Farben die Tiere voneinander unterscheiden. Es ergab sich, daß die Immen zwar sicher Farben erkennen, ihr Farbensinn aber nicht dem des normalen Menschenauges entspricht, sondern dem eines rot-grünblindenden. Sie verwechseln nämlich Schwarz mit Rot, Blaugrün mit Grau und Blau mit Violett und Purpurrot. Hiermit stimmt es sehr gut überein, daß Blaugrün und

rot arbeiten, weil sie noch keinen Strom haben. In der Lichtenberger Gasanstalt wird gearbeitet. In den Wasserwerken wird mit Ausnahme von Wühlheide, wo der Strom fehlt, voll gearbeitet.

Keine Schließung deutscher Universitäten.

Berlin, 6. Nov. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von zuständiger Seite erfährt, entbehrt die Meldung, wonach eine Schließung deutscher Universitäten beabsichtigt sei, jeder Begründung. Weber seitens des preussischen Kultusministeriums, noch von Seiten irgend einer anderen maßgebenden Behörde sei eine Schließung von Universitäten beabsichtigt.

Rein Schuhfabrikentum.

Frankfurt a. M., 5. Nov. Kommerzienrat Wallenstein-Offenbach teilt mit, daß die von einem Korrespondenzbureau verbreitete Nachricht, wonach die deutschen Schuhfabriken sich zu einem großen Erust mit einem Kapital von 35 Millionen Mark, an dessen Spitze er stehen soll, zusammengeschlossen hätten, unzutreffend ist. Von der ganzen Angelegenheit sei ihm nichts bekannt. — So etwas Ähnliches wird es aber doch wohl sein.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 8. November 1920.

2. Dienstprüfung für das höhere Lehramt.

In der altsprachlichen Richtung hat die 2. Dienstprüfung erstanden: Dr. Erhard Beutter aus Calw, in der mathematisch-physikalischen Richtung Robert Furch aus Unterreichenbach.

Die Wirkung der Postgebührenerhöhung.

Die Ergebnisse über die Wirkung der Erhöhung der Postgebühren im Mai liegen jetzt vor. Die Sätze wurden bekanntlich am 6. Mai im allgemeinen verdoppelt. Die Einnahmen stiegen nun in diesem Monat im Vergleich zum April um über 72% Mill. auf 177,5 Mill. M. — Die Telegraphengebühren gingen um 2% Mill. auf 25 Mill. zurück, die Fernsprechggebühren um fast 40 Mill. M. auf nicht ganz 30 Mill. Die Einnahmen der Reichseisenbahnen stiegen um 180 auf 1281 Mill. M. Steuern und Zölle erbrachten 342% Mill. M. mehr, insgesamt etwas über 1080 Mill. Trotz der Zunahme der Reichseisenbahnen vom April zum Mai mit über 562 Mill. stieg die schwebende Schuld um fast 6,75 Milliarden auf 148,75 Milliarden.

Die ev. Oberkirchenbehörde gegen die Profitgier.

Im Blick auf das zu Ende gehende Erntejahr und das bevorstehende Erntedankfest richtet die Evang. Oberkirchenbehörde an alle Stände des evangelischen Volkes eine ernste Mahnung, in der es heißt: „Wie es in Handel und Wandel bei uns aussieht, braucht man nicht erst zu sagen. Eine grenzenlose Profitgier hat alle Stände ergriffen. Wohin ist es mit unserm arbeitssamen, ehrlichen, pflichtgetreuen Volke gekommen! Es hat schweren Schaden genommen auch an der Seele. Wir anerkennen gerne, was von Redlichkeit und ehrenhaftem Wesen unter uns vorhanden ist. Aber die vereinzeltten Beweise von Brüderlichkeit und Hilfsbereitschaft reichen nicht zu. Was wir brauchen, ist eine durchgreifende Abkehr von dem üblen Treiben, das Leib und Seele, Besitzende und Nichtbesitzende zugrunde richtet. Wohl gibt es viele, die weder auf Gott noch Gewissen mehr hören wollen. Sie werden es schon erfahren, daß ihnen ihr sündiger Erwerb zum Fluche wird. Auch heute noch „sücht der ungerechte Kreuzer den gerechten Taler“. Wir wenden uns vor allem an diejenigen, denen Gott und Gewissen mehr sind als leere Worte. Es kommt jetzt nicht darauf an, wie es die andern treiben, die eigene Verantwortung nimmt uns ein

anderer ab. Lieber für dumm gelten, als schlecht und gewissenlos handeln. Es gibt eine Ehre bei Gott, die allen Spott aufwiegt. Setzt uns zu rechtschaffenem Handeln zusammen! Dann werden wir doch eine Macht sein und dem verderbenden Treiben Einhalt gebieten.

Kampf gegen die Mädchenhändler.

Die evangelischen, katholischen und israelitischen Mädchen-schutzverbände (Bahnhofsmission) lassen jetzt ihre bemalten Plakate, die während des Krieges vielfach beschädigt oder beseitigt worden waren, in den Eisenbahnwagen wieder anbringen. Die Tätigkeit der Bahnhofsmission im Kampf gegen die wieder stark sich bemerkbar machenden Mädchenhändler ist gerade gegenwärtig in einer Zeit so großer Erwerbschwierigkeiten besonders wichtig und wird von den Eisenbahndirektionen kräftig unterstützt.

Vor der Frage einer nochmaligen Tarifierhöhung bei der Eisenbahn.

Am 4. und 5. November tagte in Berlin der Sachverständigenbeirat zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Reichseisenbahnen. Neben einer großen Zahl von Einzelfragen wurden insbesondere die Organisation der Reichseisenbahnen, ihre Personalpolitik und vor allem die finanzielle Lage der Eisenbahnen erörtert. Von allen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß neben äußerster Beschränkung der Ausgaben danach gestrebt werden müsse, die Einnahmen zu steigern. Die Tarife im Personen- und Güterverkehr seien der allgemeinen Preissteigerung nicht gefolgt und trügen der in den letzten Jahren eingetretenen Geldentwertung keine Rechnung. Deshalb müsse trotz der damit verbundenen Belastung für das Wirtschaftsleben ernstlich geprüft werden, ob nicht eine nochmalige Tarifierhöhung angebracht sei.

Kleinfamilie und Wohnungsfrage.

Nach einer Statistik der Mittellagen des Würt. Stat. Landesamts macht sich auch in Württemberg die Tendenz zur fortschreitenden Verkleinerung der Haushalte geltend. Im Jahre 1919 bestanden für 2 526 171 Personen 572 089 Haushalte. Auf 4,42 Personen kam ein Haushalt. Im Jahre 1910 kam noch auf 4,50 Personen ein Haushalt. In Stuttgart sind die entsprechenden Zahlen 76 548 Haushalte bei 309 197 Personen bzw. im Jahre 1910 64 444 Haushalte auf 286 218 Personen. In Stuttgart hat sich also die Zahl der Haushalte in den letzten 19 Jahren verdoppelt, während die Menschenzahl sich nur wie 100:175 vermehrte. Dadurch erklärt sich auch die Wohnungsnot.

Die Kursverluste der Reichsversicherungsanstalt.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat ungeheure Kursverluste erlitten. Das gesamte Vermögen ist bis auf einen verhältnismäßig kleinen Teil, der in Hypotheken untergebracht ist, in Anteilen des Reichs und der Bundesstaaten angelegt. Diese Anlagen hatten im Jahre 1918 einen Kursverlust von 44,33 Millionen Mark und im Jahre 1919 einen weiteren von 88,87 Millionen Mark. Das sind zusammen 133,26 Millionen Mark ein Schaden, den selbstverständlich die Angestellten mitzutragen haben.

Mutmaßliches Wetter am Dienstag u. Mittwoch.

Der Hochdruck läßt wieder nach. Am Dienstag und Mittwoch ist bei leichten Störungen vielfach trübes aber meist trockenes Wetter zu erwarten.

Die Lage bei Bock.

Nach dem Bericht für die Betriebsräte der Robert Bosch-M.G. für das dritte Vierteljahr brachten die letzten Monate der Automobilindustrie, von deren Schicksal auch die Robert Bosch-M.G. als Automobilzubehör-Erzeuger fast ausschließlich abhängt, zunehmende Betriebseinschränkungen, teilweise sogar völlige Be-

rot, welche von den Bienen nicht farbig gesehen werden, in unserer Flora als Blütenfarben äußerst selten vorkommen. Das Rot unserer Blumen ist meist stark mit Blau gemischt (Purpur), die meisten Immenblumen haben blaue oder purpurrote Blüten, und heben sich so für das Bieneauge wirksam von dem Grün des Laubes ab. Die Vögel nehmen am besten Rot, schlecht Blau wahr, daher sind die Blüten in den Tropen, wo sie durch kleine Vögel bestäubt werden, meist scharlachrot. Bei manchen Blumen ist die Stelle, wo sich der Honig findet, durch andersfarbige Flecken oder Streifen „Saftmale“ bezeichnet. Diese zweifarbigen Blüten, z. B. des Bergmeinich, zeigen, abgesehen von Weiß, meist die Farben, welche dem Bieneauge als blau und gelb, also als Kontrastfarben erscheinen. Die Saftmale dienen vielleicht auch noch dazu, die Unterscheidung verschiedener Blumen zu ermöglichen; denn die Bienen sind blumenstetig, d. h. sie suchen nur bestimmte Pflanzen auf. Der Einwand, daß bei den geschilderten Versuchen das farbige Papier nicht an seiner Farbe, sondern an einem (für uns vielleicht nicht wahrnehmbaren) besonderen Geruch erkannt worden sei, wird dadurch widerlegt, daß die Versuche auch gelingen, wenn die Papiere mit einer Glasplatte bedeckt oder in Glasröhrchen eingeschmolzen sind, so daß der Geruchsinns gar nicht in Frage kommen kann.

Eigenarten bei Tieren.

Auch Tiere haben ihre Eigenarten, die als Vorzüge, manchmal aber auch als Unarten in die Erscheinung treten. So ist — in den guten alten Zeiten — bei Militärpferden beobachtet worden, daß sie im Vorgefühl drohender Strapagen, wie sie große Truppenübungen auch für die Pferde mit sich brachten, es fertig bekamen, sich einfach lahm zu stellen. — Ein besonders pfliffiger Schimpanse bekam während einer schweren Erkrankung manchen Lederbissen zugesteckt. Um sich solchen auch bei voller Gesundheit wieder zu erobern, fing er kläglich zu husten an. — Der Kudū, der sich seiner Elternpflicht entziehen will, legt nicht nur verstoßen sein Ei in ein fremdes Nest, sondern wirft, um die Täuschung vollkommener zu machen, erst ein anderes Ei hinaus. Ein genauer Beobachter der Tierwelt sagt: „Tiere wissen genau, wenn sie auf diese Weise Unrecht tun. Das

zeigt sich schon darin, daß sie möglichst heimlich zu handeln suchen und, wenn auf freier Tat ertappt, Schuldbewußtsein an dem Tag legen. An Bienen, die im Begriff sind, z. B. Zuckers zu räubern, läßt sich vor und nach ihren diebischen Ausflügen eine große Unruhe feststellen, gerade als ob sie Strafe besüchteten.“ — Merkwürdig ist auch, wie verschiedene sich Tiere die Kunst des Schwimmens aneigneten. So z. B. wird eine Mücke, bevor sie sich auf die See niederläßt, stets ihre Flügel hochspannen, damit deren Federn nicht raß werden, denn ehe diese nicht wieder ganz trocken sind, kann sie sich nicht erheben. — Ein Maulwurf ist ein ausgezeichnete Schwimmer, während andererseits der Esel sich sehr ungeschickt im Wasser bewegt. Auch beinahe alle unsere Landvögel ertrinken sehr leicht, wenn sie ins Wasser fallen, da sie sich nach kurzem, fruchtlosem Kampf nicht mehr emporzuschwingen vermögen. — Dagegen können wir Löwe und Tiger als seine Schwimmer bewundern, die durchaus nicht die Wasserfurcht der Katzen teilen. Aus dem Geschlechte der letzteren hat sich indes räumlich der südamerikanische Jaguar hervorgetan, der geradezu eine Vorliebe für ein vergnügliches Schwimmen zu haben scheint. Auch Bären sind nicht zu verachtende Schwimmer, doch sind ihnen wohl unsere Pferde in dieser Kunst noch über, die eine ziemlich breite Wasserfläche überschwimmen, zumal wenn ihnen am anderen Ufer ihr heimatlicher Stall winkt. Als Wetterpropheten leisten uns die feinen Instinkte mancher Tiere gute Dienste, alle Tiere aber zeigen eine gewisse Unruhe, wenn Regen in Sicht ist. Das gellende Geschrei der Esel und Pfauen, das laute Quaken der Frösche, das unruhige Schnattern der Gänse und Enten ist ein sicherer Vorbote des Regens. Katzen niesen ungemein viel und waschen ihre Ohren, Hunde laufen ziellos hin und her, auch wenn der Regen erst in einigen Stunden einsetzt. Es wird angenommen, daß die sich nähernde feuchte Luft eine starke Einwirkung auf das Nervensystem dieser Tiere ausübt. — Eine höchst eigenartige Beobachtung wurde in einer Papierfabrik gemacht, und zwar immer dann, wenn dunstige Luft aus Papier hergestellt wurde. Dieses zog Sperrlinge, die durch das geöffnete Fenster in den Maschinenraum geflogen waren, bezart an, daß sie sich auf die Masse stürzten, nicht vertreiben ließen und so ihren Tod fanden.

S. R. O.

triebs-einstellungen. Für ungewisse Zeit auf Lager zu arbeiten, ist der deutschen Automobilindustrie bei der heutigen allgemeinen Geldknappheit und bei der Unsicherheit der Zukunft so gut wie unmöglich. Das deutsche Automobilgeschäft leidet zurzeit nicht nur unter den Ursachen der allgemeinen Kaufunlust, sondern in besonderem Maße auch immer noch unter Beschränkungen des Kraftfahrverkehrs und unter dem Benzin-Einfuhrverbot. Ferner macht sich die Wirkung der neuen Steuergesetze schon recht fühlbar. Der Auftrags-eingang ist seit Mai von Monat zu Monat immer geringfügiger geworden und hat in letzter Zeit fast aufgehört. Die Betriebe können nur mit früheren Aufträgen beschäftigt werden, die aber auch nur noch für wenige Monate ausreichen, zumal ihre Zahl noch dauernd durch Streichungen abnimmt; gerade in letzter Zeit sind in steigender Zahl wieder von allen Seiten Abbestellungen zugegangen. Seit 1. Oktober arbeiten von den 6194 Arbeitern bei Bosch 2898 nur noch an vier Tagen der Woche; 3296 sind voll beschäftigt. Auch beim Lichtwert ist mit Betriebseinschränkungen zu rechnen. Die Zahlen der am 1. Juli und am 1. Oktober bei der Firma beschäftigten Angestellten und Arbeiter sind: Angestellte: 1383 bzw. 1354 (also 29 weniger), Arbeiter: 6428 bzw. 6194 (also 234 weniger). Die Zahlungsfreudigkeit unserer Abnehmer hat infolge deren eigenem schlechten Geschäftsgang auch in den letzten Monaten nicht zugenommen. Es hält vielfach schwer, rechtzeitig Zahlungen für bestellte und fertige Waren zu erhalten. Die Knappheit an barem Geld selbst für unsere laufenden Ausgaben, vor allem für die regelmäßigen Lohn- und Gehaltszahlungen, hat in dem Vierteljahr Juli-September nicht nachgelassen (Bosch hat in jedem der drei Monate des vergangenen Vierteljahres über 5 1/2 Millionen Mark für Löhne und Gehälter ausbezahlt). Der Vorstand der Bosch-A.G. wagt nicht einmal, zu hoffen, daß die nächsten Monate eine Besserung bringen werden, befürchtet vielmehr eine weitere Verschlimmerung der Lage. Wann unser Wirtschaftsleben den tiefsten Stand der derzeitigen Krise erreichen wird und wie tief wir tatsächlich noch hinabsteigen müssen, das weiß heute niemand zu sagen. Wir tun gut, uns noch auf recht harte Zeiten gefaßt zu machen.

(S.C.B.) Stuttgart, 5. Nov. Ein junger Mann, der durch eine Verschüttung im Felde um das Gehör gekommen und seit 5 Jahren taub war, fiel infolge eines Schwindelanfalls die Treppe herunter und schlug mit dem Hinterkopfe auf. Das hatte zur Folge, daß er sein Gehör wieder vollständig erlangte.

(S.C.B.) Stuttgart, 6. Nov. Heute vormittag 1/2 12 Uhr erschienen im Auftrag der Staatsregierung in der Druckerei des „Sozialdemokrat“ 4 Kriminalbeamte und beschlagnahmten die heutige Ausgabe, angeblich wegen des Artikels „Einig im Kommunismus“. Ebenso sind auch den Zeitungsverkäufern die bereits von ihnen abgeholtten Exemplare abgenommen und zum Teil auf die Polizeiwache genommen worden.

Mettingen N. Eßlingen, 6. Nov. Bei der Montage des Studireglers sind der Obermonteur von der Bamao mit dem Installateur Seyerle und dem städtischen Vorarbeiter Klett durch starke Gasausströmung bewußlos im Schacht liegen geblieben. Durch die heizerge Tat des Fräasers Hermann von der Maschinenfabrik Eßlingen konnten die Bewußtlosen angebunden und herausgeholt werden. Dausser selbst ist leicht verärgert und konnte durch das Auto der Rekarwerke sofort ins Krankenhaus gebracht werden. Die drei Schwervergifteten wurden nach dreiviertelstündigen Wiederbelebungsversuchen mit dem Sauerstoffapparat unter ärztlichem Beistand auf Tragbahnen gleichfalls ins Krankenhaus gebracht. Dem raschen Zugreifen des Dausser ist es zu verdanken, daß drei Menschenleben gerettet werden konnten.

(S.C.B.) Rottenburg, 6. Nov. Das Einkaufsgeschäft in Hopfen ist hier fast ganz beendet. Auf hiesiger Markung sind nur noch rund 90 Hektar mit Hopfen bepflanzt. Die diesjährige Ernte hat gegen 1300 Ztr. ergeben. Dieses ganze Quantum hat laut „Rottenburger Zeitung“ in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit seine Käufer gefunden, unter ihnen alte, renommierte Geschäftshäuser, und zwar in der Preislage von 2000 bis 2600 M. die 50 Kilo. Meistens wurde noch hohes Trinkgeld in den Kauf gegeben.

(S.C.B.) Tuttlingen, 6. Nov. Nach einer der Presse aus Verbraucherkreisen zugegangenen Mitteilung sollen auf dem hiesigen Bahnhof 40 Wagen Kartoffeln stehen, die angeblich aus

Baden eingeführt, zu deren Wiederausfuhr nach Baden aber die Württ. Landeskartoffelstelle die Genehmigung verweigert. Die angestellten Erhebungen haben folgenden Sachverhalt ergeben: Auf dem Bahnhof Tuttlingen stehen 6 Wagen Kartoffeln, die ein badischer Händler aus Zell im württ. Oberland aufgekauft hat, mit der Absicht, sie über Tuttlingen mit neuem Frachtbrief nach Baden zu verbringen. Die Bahnstation Tuttlingen verweigerte aber den Weitertransport, da Beförderungserlaubnis der Landeskartoffelstelle nicht nachgewiesen werden konnte und die Bemühungen des Händlers, Ausfuhrgenehmigung zu erlangen, erfolglos blieben. Wie wir hören, soll die Ware nun in Tuttlingen verkauft werden.

(S.C.B.) Schramberg, 5. Nov. Eine hiesige Gesellschaft machte eine Hamstertour nach dem benachbarten Ort Seedorf. Anfänglich hatte sie Glück. Die Ausbeute war keine geringe, weshalb auf das gute Gelingen noch ein Gläschen Wein getrunken wurde. Während die Hamsterer sich im „Düsch“ gütlich taten, war das Auto von unsichtbaren Geistern vollständig ausgeräumt. Es half nichts, daß die betrogenen Hamsterer mit der Laterne in jeden Winkel des Gefährts hineinleuchteten, es war und blieb kahl und leer. Wohl sandten sie, lt. „Schramberger Ztg.“, noch einige saftige Klischee zum klaren Mondhimmel, aber auch das half nichts. Eine stinkende Wolke hinterlassend, fuhr das Auto wieder nach unserer Fünfstädterstadt zurück.

(S.C.B.) Gmünd, 4. Nov. Aus einem Stammholzverkauf im Schulwald Schrain hat die Gemeinde 84 900 M. = 335 Proz. Durchschnittserlös erzielt.

(S.C.B.) Vom Bodensee, 7. Nov. Kurz nach 2 Uhr nachts brach in Radolfzell in den Nahrungsmittelfabriken „Radolfswerke“ ein Großfeuer aus, das in verhältnismäßig kurzer Zeit zwei große Teile der Fabrik vollständig einäscherte, darunter die Trockenanlage. Ueber die Entstehungsurache ist bis jetzt noch nichts bekannt. Anscheinend entstand das Feuer durch Selbstentzündung in der Mühle. Der Schaden an Gebäuden wird etwa auf 1 Million und der Fahrnischaden auf einige Millionen geschätzt. Er ist durch Versicherung gedeckt. Der Betrieb geht weiter.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Elschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Bestellung einer Vormundschaft.

Ueber Joseph Kummer, geb. den 6. November 1870, Schreiner von Glatten, Württemberg, Ehegatte der Ida geb. Wiederkehr, wohnhaft Hegehellerstraße 90 in Basel, welcher durch Urteil des Appellationsgerichts Basel-Stadt vom 7. Juni 1920 zu 4 1/2 jährlicher Zuchthausstrafe verurteilt worden ist, ist gemäß Art. 371 des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs Vormundschaft angeordnet, und es ist Strafanwalt-Direktor David Widmer, Spitalstraße 41 in Basel zu seinem Vormund ernannt worden.

Basel, den 13. Juli 1920.

Vormundschaftsbehörde Basel-Stadt.

Winterschuhwaren für Erwachsene und Kinder

empfiehlt

W. Schäberle, Hutgeschäft, Markt-
platz.

Eingeführter

Händler-Reisender

z. Verkauf v. Seifenpulver, Schmierseife, Kernseife, Schuhcreme etc. von leistungsfähiger Fabrik gesucht.

Mindestverdienst täglich garantiert 80 Mk.

Angebote sind zu richten unter S. V. 1457 an Rudolf Mosse, Stuttgart.

Böblingen.

Bringen am Dienstag, den 9. ds. Mts., im Gasthof zum „Bahnhof“ einen großen Transport

Oberländer Milch- u. Läufer-

 Schweine

sowie einen Transport

Hohenloher

Schwarz-Schecken

zum Verkauf, und laden Liebhaber freundlichst ein.

Wanner & Metzger,
Schweinehändler,

Fernsprecher Amt Böblingen Nr. 35.

Decken Sie

Ihren Weihnachtsbedarf frühzeitig!

Ein gutes Buch, ein schönes Bild sind immer gediegene Geschenkwerke.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

Buchhandlung Häußler
an der Brücke.

Verloren

ging in dem Zug 6 Uhr 55 auf der Strecke Liebenzell-Bad Teinach eine

Brieftasche

mit 1200 Mk. Inhalt.

Der ehrl. Finder wird gebeten, dieselbe abzugeben bei Joh. Kummer, Teinach.

Verloren

ging ein schwarzer Schal von Zavelstein nach Calw. Abzugeben im „Lamm“ in Zavelstein.

Leerer Raum

f. kleine Niederlage oder Mitbenützung gesucht.

Wilh. Haaf, Calw, Teuchelweg - Steinbr.

Wir suchen sofort Grundbesitz

Häse, Biegeleien, Sägewerke, Villen, Gasthöfe, Hotels, Stadtgrundstücke für sehr zahlungsfähige Kaufsuchende.

Dr. Landwirtschaftsbank Berlin N. 24.

Meldungen erb. an unsern Vertrauensmann Herrn H. Bollermann, Camstatt, Hohenstaufenstr. 24 Tel. 1134

Neue Fahrpläne für den Oberamtsbezirk

sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 50 Pfg. zu haben.

Kleines Einfamilienhaus

in Hirsau, Liebenzell oder Calw (evtl. auch Bauplatz) zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe unt. N. 259 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Zither

sehr gut erhalten, für Weihnachtsbeschenk passend, billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Wegen Krankheit ihres Mädchens

sucht Erseh. Frau Dek.-Kat Horlacher.

Mädchen-Gesuch.

Ein braves, 15 jähriges Mädchen sucht. Wer? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Reinen Tafel-Gries

(Auslands-Gries)empfiehlt ohne Marken billigt Mehlhandlung Luz.

Ladeninhaber!

Leistg. Delfirma liefert u. günstigen Zahlungsbeding. an solb. Ladenbes. Schriftl. Anfr. erbeten unter S. E. 3990 an die Ala-Haafenstein & Vogler, Stuttgart.

Eine Schnapsbrennerei

zu kaufen gesucht! Gefl. Angebote unter Sch. E. 260 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Drucksachen

liefert rich u. sauber die Druckerei dies. Blattes.

Stadt Karsau

Als Verlobte empfehlen sich

Luise Schmid
Oskar Jüdler

Hirsau, November 1920.

Heute und morgen findet

im Restaurant Schlanderer

Reh = Essen mit Spägle

statt, wozu freundlichst einladet

Oskar Schlanderer.

Weißkraut

kauft jedes Quantum und erbittet umgehend Angebote.

Otto Jung, Telefon Nr. 80.

Aderverkalkung

Herzbeschwerden Schwindelanfälle. Verl. Sie Gratisbrosch. über San. Rat Dr. Weise's gr'fr. Hauskuren Dr. Gebhard & Cie., Berlin W. 35, Potsdamerstr. 104a.

Kaufe jedes Quantum

Heu und Stroh zu den höchsten Preisen.

Bestellungen

nimmt entgegen

Harisch, z. Schiff, Calw.

Nr.

Die G

Das er

bes

Lond

göflichen

Entschäd

verspätete

Wege bez

Frankreich

gutmachun

darin dem

erst festge

Zahlungs

richt darü

ausgiebig

unter die

fächliche

nicht, daß

werden kö

fasten Be

zu einem

Verzögeru

Zahlungs

bung der

Paris, schäftsband dem Ruhrg